

Eine solidarische Krankenstation in Thessaloniki

Ein Interview mit der libertären Kinderärztin Serafia Kalamitsou (SSKTH)



Serafia Kalamitsou

Foto: Ralf Dreis

Im November 2011 eröffnete die Soziale Krankenstation der Solidarität Thessalonikis (SSKTH). Das Projekt kümmert sich um die gesundheitliche Grundversorgung des wachsenden Teils der Bevölkerung Thessalonikis, die auf Grund der kapitalistischen Kahlschlagpolitik keinen Zugang zu Krankenhäusern und Gesundheitszentren mehr haben. Ralf Dreis sprach mit Serafia Kalamitsou, 37, Kinderärztin, Anarchistin und von Beginn an im SSKTH aktiv.

GWR: Kannst du etwas zur Situation in Griechenland sagen und erklären von wem die Idee des Aufbaus der SSKTH ausging und wie sie umgesetzt wurde?

Serafia: Ich werde etwas zur Lage im Gesundheitssektor sagen, da wir mit der SSKTH vor allem in diesem Bereich aktiv sind.

Die Probleme im Gesundheitssektor waren schon vor Ausbruch der ökonomischen Krise vorhanden. Die Situation hat sich weiter verschlechtert und betrifft nun viel mehr Menschen. Aber auch zuvor war es so, dass viele keinen Zugang zum Gesundheitssystem hatten oder dass diejenigen, die einen Dienst in Anspruch nahmen, ablehnend behandelt wurden oder unter der Hand für eine Behandlung bezahlen mussten. Im Februar 2011, während des Hungerstreiks von 300 Immigranten, die für einen legalen Aufenthaltsstatus in Griechenland kämpften (die GWR berichtete) fanden wir uns als unterstützende Gruppe zusammen.

50 der Hungerstreikenden waren im Arbeiterzentrum Thessalonikis untergebracht und hatten um Hilfe von Menschen aus dem Gesundheitsbereich gebeten. Verschiedene ÄrztInnen, KrankenpflegerInnen und PsychotherapeutInnen - hauptsächlich AnarchistInnen, Antiautoritäre und Linke - gründeten daraufhin eine solidarische Krankenstation im Arbeiterzentrum um die Hungerstreikenden ärztlich zu begleiten. Die lebten zum Großteil schon seit vielen Jahren ohne legalen Status in Griechenland und hatten immer wieder Anträge eingereicht und viel Geld an diverse Behörden gezahlt um legale Aufenthaltspapiere zu bekommen. Letztendlich blieb ihnen nur noch das Mittel des Hungerstreiks, um ihre Rechte einzufordern. Nach dessen Ende, und erfüllt vom Enthusiasmus unserer fruchtbaren Zusammenarbeit jenseits der Krankenhausarbeit,

beschlossen wir als Unterstützergemeinschaft eine soziale Krankenstation für Flüchtlinge in unserer Stadt aufzubauen.

GWR: Am Anfang dachtet ihr an eine Krankenstation ausschließlich für Flüchtlinge?

S: Ja, allerdings beschlossen wir schnell, alle Menschen ohne Krankenversicherung mit einzubeziehen, also MigrantInnen und GriechInnen, und noch während wir diskutierten und Plena abhielten, wie das Projekt umzusetzen sei, schlugen die Spardiktate von IWF, EU-Kommission und EZB voll auf die griechische Gesellschaft durch. Mit dem Ergebnis, dass die Zahl der Nichtversicherten so rapide anstieg, dass inzwischen weit über die Hälfte unserer PatientInnen GriechInnen sind. Zu Beginn wandten wir uns an die Stadt, damit sie uns eins ihrer massenhaft leerstehenden Gebäude zur Verfügung stellen. Doch den städtischen Verantwortlichen fiel außer diversen Ausflüchten nichts ein. Später versuchten wir Räume zu mieten, was aus finanziellen Gründen nicht gelang, danach diskutierten wir die Möglichkeit einer Hausbesetzung, was von vielen aus der Gruppe abgelehnt wurde, da es für Menschen ohne Papiere gefährlich sein könnte, in ein besetztes Haus zu kommen. Letztendlich einigten wir uns mit dem Arbeiterzentrum, dass uns die Räume im 1. Stock des Gebäudes in der Aisopou-Str. 24 zur Verfügung stellte, wo wir uns jetzt befinden. Das Arbeiterzentrum bezahlt uns momentan auch den Strom, so dass unsere Hauptausgaben den Kauf von Impfstoffen und Zahnersatz betreffen, was sich auf ca. 5000,- Euro monatlich beläuft. Die meisten übrigen Arzneimittel und Verbandstoffe, die wir verwenden, stammen aus Spenden von Privatpersonen, die ihre Hausapotheke geplündert haben.

GWR: Wie viele Menschen haben die SSKTH aufgebaut?

Wie war die weitere Entwicklung?

S: Am Anfang waren wir ca. 30. Danach kamen einige mehr. Momentan beteiligen sich mindestens 200 Menschen aus dem Gesundheitsbereich. Darüber hinaus gibt es ÄrztInnen mit eigener Praxis, die sich gerne direkt beteiligen würden, was aber auf Grund der gleichen Sprechstundenzeiten nicht klappt. Die übernehmen dann 2 oder 5 oder 10 PatientInnen des SSKTH monatlich in ihrer Praxis. Im SSKTH selbst existieren verschiedene Fachbereiche wie Allgemeinmedizin, Zahnarzt-, Psychotherapeutische- und Kinderärztliche Praxis und die soziale Apotheke, in der die PatientInnen ihre Medikamente kostenlos bekommen. Das alles wird von Bürokräften organisiert und koordiniert ohne die das ganze Projekt unmöglich funktionieren würde.

GWR: Kontrolliert ihr, ob eure PatientInnen krankenversichert sind?

S: Nein. Wir sind für all diejenigen da, die vom kapitalistischen System ausgeschlossen wurden, die aus den Krankenhäusern und Gesundheitszentren rausfliegen und nirgends anders behandelt werden. Wir haben nicht die Absicht für immer zur Verfügung zu stehen, sondern versuchen die politischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass alle Menschen einen gleichberechtigten Zugang zum Gesundheitssystem bekommen und niemand von der Behandlung im Krankenhaus ausgeschlossen ist. Wir können nur eine gesundheitliche Grundversorgung bereitstellen, doch sobald eine Operation oder eine Wirbelsäulentomografie nötig wird, müssen unsere PatientInnen in ein Krankenhaus. Es ist unabdingbar für alle eine kostenlose Gesundheitsversorgung zu erkämpfen, unabhängig davon, ob sie krankenversichert sind oder nicht.

Unsere Sprechstunden finden täglich, außer Sonntag statt. Inzwischen gibt es Bedarf an weiteren Fachbereichen, an viel mehr ÄrztInnen, die Schichten übernehmen können. Unsere Räume werden zu klein. In diesem Winter werden noch viel

mehr Menschen ohne Krankenversicherung zur SSKTH kommen.

GWR: In Deutschland interessieren sich viele für die Arbeit des SSKTH. Ich denke, die Mehrheit dieses sozial engagierten Teils der Bevölkerung schätzt euer Projekt als karitativen Dienst ein. Stimmt das mit eurer Selbsteinschätzung überein?

S: In Griechenland gibt es verschiedene Arten sozialer Krankenstationen. Wir bezeichnen uns als „Soziale Krankenstation der Solidarität“, oft ziehe ich persönlich die Bezeichnung „Solidarische Krankenstation“ vor, da sie deutlicher ausdrückt für was wir stehen. Es gibt im Moment solidarische Krankenstationen wie uns, die selbstverwaltet und von der Basis auf selbstorganisiert arbeiten, keine Nichtregierungsorganisation (NGO) sind und nicht zur Kirche gehören.

Es gibt außerdem soziale Krankenstationen, die karitative Arbeit leisten und von NGO, der Kirche oder Ärztevereinigungen unterhalten werden und es gibt die Nazipropaganda von Chrysi Avgi (Goldene Morgendämmerung), die „Soziale Krankenstationen nur für Griechen“ angekündigt haben.

Tatsächlich handelt es sich dabei nur um Propaganda, da diese Nazi-Partei nicht in der Lage ist solche Projekte zu verwirklichen. Eine ihrer so genannten sozialen Krankenstationen war für die Stadt Xánthi in Nordgriechenland angekündigt. Real handelt es sich um einen faschistischen Armeearzt, der nie einen Patienten behandelt hat.

GWR: Am 13.09.2012 war in der Tagespresse zu lesen, dass Chrysi Avgi zu „Blutspenden nur für Griechen“ aufruft.

S: Ja, die Nachricht stimmt, aber auch dabei handelt es sich vor allem um Nazipropaganda von Chrysi Avgi, mit der sie beweisen wollen, dass sie sich um die Griechen kümmern. GenossInnen aus Athen berichteten, dass sich nur 10 bis 12 Nazis an der Blutspendeaktion beteiligten. Die ärztliche Deontologie besagt übrigens eindeutig, dass Blut gespendet und nicht verkauft wird und dass dieses Blut ausschließlich nach medizinischen Kriterien demjenigen zur Verfügung gestellt wird, der es benötigt. Es ist lächerlich und unwissenschaftlich griechisches Blut für griechische Patienten zu spenden. Ekelhaft und skandalös ist, dass die zuständige staatliche Behörde auf Anforderung von Chrysi Avgi eine Blutspendeinheit zur Verfügung gestellt hat. Die Konföderation der Krankenhausärzte und die Allgriechische Ärztevereinigung haben die rassistische Blutspendeaktion dagegen scharf verurteilt.

GWR: Zurück zu euch. Außer Menschen ohne Krankenversicherung eine medizinische Grundversorgung zu gewährleisten, zielt ihr also noch auf anderes ab?

S: Wir haben das Projekt nicht gestartet um unsere Seele mit karitativer Arbeit zu retten, sondern verstehen uns als politisches Projekt mit einem klaren Ziel. Unser Hauptziel als SSKTH ist es zu zeigen, dass solidarische Strukturen funktionieren und dass es uns durch solidarische Organisation gelingen kann die Probleme zu überwinden, die durch die öko-

nomische Krise entstehen. Solidarität bedeutet dabei mehr als nur eine helfende Hand auszustrecken. Solidarische Strukturen können wirkungsmächtig werden, wenn Solidarität zum Teil des Bewusstseins wird, nicht nur unserer PatientInnen, sondern auch ihrer Familien, und der Viertel, in denen sie wohnen. Während eines solchen Prozesses wird klar, dass solidarische Strukturen nicht nur im Gesundheitssektor geschaffen werden können, sondern in allen Bereichen unseres Lebens. Dieser Bewusstwerdungsprozess ist schwer in Gang zu setzen. Erfolg haben wir dann, wenn es gelingt, das SSKTH zum Teil einer Bewegung mit dem Ziel der gesellschaftlichen Selbstverwaltung und Solidarität zu machen.

GWR: Es gibt viele selbstverwaltete Strukturen in Thessaloniki. Seid ihr miteinander koordiniert? Gebt ihr gemeinsame Texte oder politische Analysen heraus? Organisiert ihr Veranstaltungen oder Demos mit anderen Projekten wie dem sozialen Zentrum Mikrópolis, oder den BesetzerInnen des ehemaligen Armeegeländes im Westen der Stadt, die als „PerKa“ kollektiv Gemüse anbauen? Habt ihr Kontakt zu den besetzten Häusern?

S: Gemeinsame politische Texte haben wir bisher nicht herausgegeben, aber es gibt Plena, zu denen wir gehen oder Menschen aus anderen Projekten, die auf unsere Plena kommen. Das Mikrópolis unterstützt uns finanziell mit einem festen monatlichen Beitrag. Mit verschiedenen anderen Gruppen der Stadt versuchen wir ein antifaschistisches, antirassistisches Netz aufzubauen. Es ist uns bisher nicht gelungen eine organisatorische Struktur aufzubauen, aber informell gibt es viele Verbindungen zwischen den verschiedenen Projekten.

GWR: Wenn ihr über solche Art von Zusammenarbeit diskutiert, oder politische Aktionen beschließt, wer entscheidet dann, was geschieht?

S: Das SSKTH ist selbstverwaltet und alle Entscheidungen werden von der Vollversammlung getroffen, an der jede und jeder teilnehmen kann. Leider wird das nicht von allen wahrgenommen, sondern meist entscheiden 40 bis 60 AktivistInnen, was geschieht. Viele ziehen die aktive Arbeit in Diskussionen der Vollversammlung vor. Ich halte es für wichtig, sich gemeinsam Standpunkte zu erarbeiten und zu Entscheidungen zu gelangen.

GWR: Wie reagieren Staat und Massenmedien auf euch?

S: Wir versuchen immer mit eindeutigen antirassistischen Positionen an die Öffentlichkeit zu treten und veröffentlichen unsere Texte in vielen verschie-

denen Sprachen in der Stadt. Das SSKTH ist dadurch mittlerweile bekannt und wird von vielen unterstützt. Das schützt uns momentan vor direkten staatlichen Angriffen. Die Massenmedien spielen ihr eigenes Spiel. Die präsentieren keine antikapitalistische oder antirassistische Perspektive, sondern wollen unsere „karitative“ Arbeit herausstellen, weshalb wir im Umgang mit den Massenmedien vorsichtig sind. Die Befürchtung liegt nahe, dass sie unsere Inhalte ins Gegenteil verdrehen und uns im Endeffekt als Ersatzkirche oder NGO darstellen.

GWR: Ist das SSKTH ein Angriffsziel der Nazis?

S: Diese Gefahr besteht, da im Stadtteil, in dem wir uns befinden, nicht nur viele MigrantInnen wohnen, sondern sich auch das Parteibüro von Chrysi Avgi befindet. Wir haben uns schon oft Sorgen wegen möglicher Naziangriffe auf unsere PatientInnen oder uns selbst gemacht, wenn wir spät abends das Haus verlassen. Bisher ist zum Glück nichts passiert. Es gibt eine antifaschistische Telefonkette, die bei Gefahr aktiviert wird.

GWR: Welche Möglichkeiten bestehen für solidarische Menschen aus Deutschland, die euren Kampf gegen die kapitalistische Barbarei unterstützen wollen?

S: Das Naheliegende ist die finanzielle Unterstützung. Es gibt Sachen, die wir kaufen müssen, Zahnersatz, Plomben, Impfstoffe für Kinder usw., was teuer ist. Ein nicht krankenversichertes Kind bekommt z.B. keine Impfungen umsonst, was bedeutet, dass es nicht geimpft wird. Um später eingeschult zu werden, muss es allerdings den Impfausweis mit allen Schutzimpfungen vorweisen. Eltern, die nicht einmal genug Geld haben um ihre Kinder zu ernähren, können sich die teuren Impfungen nicht leisten. Von solchen Verpflichtungen gegenüber den BürgerInnen hat sich der griechische Staat verabschiedet, was mit der Rückendeckung der Massenmedien und verbreitete rassistische Propaganda zum immer weiteren Erstarben der Nazis führt.

Bisher bekommen wir finanzielle Unterstützung von Betriebsgruppen, Vereinen, ... Das langt aber nicht. Spenden von GenossInnen aus Europa sind willkommen. Darüber hinaus könnten solidarische ÄrztInnen uns bestimmte teure Medikamente zukommen lassen.

Interview und Übersetzung: Ralf Dreis, 16.09.2012, Thessaloniki

Kontakt: Aisopou Str. 24, Thessaloniki, Mail: koinwniko.iatreio@gmail.com Tel.: 0030-2310-520386. Spenden bitte an: Freunde der Sozialen Krankenstation der Solidarität Thessalonikis, Pireos Bank, KTO: 5272-059087-744, IBAN: GR89 0172 2720 0052 72059087744, BIC: PIRBGR33



Anzeige